

## SERBIEN

*Henri Bohnet*

Das Thema Klimawandel gewinnt für die Bevölkerung Serbiens zunehmend an Bedeutung: Immer klarer wird auch in Serbien, dass Umweltverschmutzung und deren Einwirkung auf den Klimawandel direkt mit der persönlichen Gesundheit, der eigenen Lebensqualität, dem Infrastruktur- und Wirtschaftspotenzial der eigenen Kommune sowie mit der Attraktivität der eigenen Heimat für Touristen und Investoren zusammenhängt. Ähnlich wie die mediterranen EU-Länder sind auch die Länder Südosteuropas inklusive Serbien besonders anfällig für die Phänomene des Klimawandels, was sich zum Beispiel durch Wasserknappheit, verursacht durch den kombinierten Effekt hoher Temperaturen mit reduziertem Niederschlag, äußert. Extremere Wetterverhältnisse in Serbien verstärken zusätzlich die öffentliche Wahrnehmung des Klimawandels.



*Staudamm am Perućacsee an der Grenze zwischen Serbien und Bosnien-Herzegowina. Serbien deckt mit 21,2 Prozent bereits einen großen Teil des Energiebedarfs aus regenerativen Quellen.*

Auch wenn der Klimawandel in der politischen Landschaft Serbiens nicht an oberster Stelle steht, ist ein gesteigertes politisches Bewusstsein auch in der Öffentlichkeit zu bemerken. Die Bildung einer Abteilung für Klimawandel innerhalb des Ministeriums für Energie, Entwicklung und Umweltschutz zeugt von diesem zunehmenden Bewusstsein auch auf administrativer Ebene. Die Kooperation und Unterstützung anderer Ministerien mit der Abteilung für Klimawandel ist jedoch noch nicht ausreichend ausgebaut, was die Arbeit der Abteilung zusätzlich erschwert. Von einer Grünen Mobilisierung, wie sie teils in westeuropäischen

Ländern zu sehen ist, kann zurzeit jedoch noch nicht die Rede sein. So spielt die Grünen-Bewegung politisch keine Rolle, auch wenn seit Jahren eine Partei der Grünen existiert.<sup>1</sup>

Umweltaspekte und der Klimawandel werden in den Medien immer öfters auf lokaler Ebene aufgegriffen. Erhöhte Medienaufmerksamkeit erhält der Klimaschutz vor allem, wenn die Bürger vor Ort betroffen sind und sich aktiv für eine Verbesserung ihrer Lebensqualität einsetzen. Ein Beispiel für die ausführliche Berichterstattung im Umweltbereich sind die Proteste der Einwohner von Pancevo und Bor, ausgelöst durch die unerträglich hohe Luftverschmutzung durch veraltete Chemieanlagen, welche die Jahre 2004 bis 2008 prägten. Doch lässt der öffentliche Unmut über die Umweltverschmutzung nicht nach, wie die Proteste gegen die Wasserverschmutzung in Uzice vom Januar 2014 zeigen.

### ENERGIEPOLITIK

Mit der Unterzeichnung des Vertrages zur Energiegemeinschaft (EG) zwischen der EU und mehreren südost- und osteuropäischen Ländern, durch welchen der EU-Energiebinnenmarkt auf diese Region ausgeweitet wurde, hat Serbien 2006 einen bedeutenden Schritt in Richtung Europa gemacht. In diesem Sinne wird auch Serbiens zukünftige nationale Energiepolitik gestaltet. Das Ziel ist, einen Modernisierungsprozess des Energiesektors zu starten, der in eine vollständige Harmonisierung mit dem EU-Acquis münden soll. In diesem Kontext ist Serbien das erste südosteuropäische Mitglied der EG, das im Jahr 2013 einen nationalen Aktionsplan zu erneuerbaren Energien ausgearbeitet hat, ein erster Schritt, um Serbiens energiestrategische Prioritäten des nächsten Jahrzehnts zu realisieren: Energiesicherheit, höherer Anteil an erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch und die Liberalisierung des Energiemarktes. Zudem sieht der Plan Maßnahmen vor, die Kooperation zwischen den lokalen, regionalen und nationalen Behörden zu verbessern. Um die nationale Energiesicherheit zu gewährleisten und Serbiens Verpflichtungen gegenüber der EG gerecht zu werden, verfolgt Serbien also eine international abgestimmte Energiepolitik, die zum Kampf gegen den Klimawandel beitragen soll.

1 | Die „Grüne Serbiens“ ist seit den Parlamentswahlen 2014 durch das Wahlbündnis „Neue Demokratische Partei – Grüne“ mit der vom ehemaligen Präsidenten Boris Tadić neugegründeten Partei „Neue Demokratische Partei“ zum ersten Mal im Parlament vertreten.

Als EU-Beitrittskandidat und Mitglied der Energiegemeinschaft richtet sich Serbien ganzheitlich nach der europäischen Klima- und Energiepolitik. Die Herausforderungen, mit denen Serbien im Beitrittsprozess konfrontiert ist, unterscheiden sich nicht grundlegend von denen anderer Länder in der Region: Abhängigkeit von Kohle minderer Qualität, hohe Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten und ein starker Mangel an Energieeffizienz. Daher setzt sich Serbien als Hauptziel, den Anteil an erneuerbaren Energien im Energiehaushalt zu erhöhen und gleichzeitig die Abhängigkeit von Energieimporten, welche im Jahr 2011 ganze 30,38 Prozent ausmachten, zu reduzieren.

Um die EU-Vorgaben für die EU-Beitrittskandidaten zu erfüllen, müsste Serbien bis 2020 mindestens 20 Prozent seines Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien beziehen. Da Serbien dieses Ziel laut dem stellvertretenden Minister für Energie, Entwicklung und Umweltschutz, Dejan Trifunovic, mit 21,2 Prozent bereits erfüllt, hat es sich im Rahmen der EG das Ziel gesetzt, bis 2020 den Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Energieverbrauch auf 27 Prozent anzusetzen.

In den vergangenen zehn Jahren wurden zwischen 25 und 30 Prozent der ca. zwei Milliarden Euro EU-Hilfen direkt oder indirekt in den Umweltschutz investiert.<sup>2</sup> Neben diesen finanziellen Zuwendungen unterstützen gemeinsame EU-Twinning-Projekte die Entwicklung des Umweltsektors. So hat beispielsweise das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) mit Serbien bereits drei Twinning-Projekte abgeschlossen: zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie, zur Stärkung der administrativen Kapazitäten bei der Implementierung eines Luftqualitätsmanagements und zur Unterstützung bei der Implementierung eines Managementsystems für Chemikalien. Die Durchführung eines weiteren Projektes zur Einführung der EU-Emissionshandelsrichtlinie hat im September 2013 begonnen. Ein französisch-deutsch-österreichisches Konsortium hat hier den Zuschlag bekommen.

Die Zusammenarbeit Serbiens mit europäischen Partnern bzw. mit EU-Institutionen, wie etwa der europäischen Umweltagentur, muss aber mit Blick auf den EU-Beitrittskandidatenstatus Serbiens intensiviert werden. Denn im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen wird erwartet, dass die Reformen zum Kapitel 27 am kostenintensivsten werden. Eine Stärkung der Zusammenarbeit ist auch bei der Einbeziehung der

Zivilgesellschaft in Umweltfragen wichtig. Um eine solide Partnerschaft zwischen politischen Entscheidungsträgern und Vertretern der Zivilgesellschaft zu schaffen, ist zudem eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit erforderlich. Kritische Stimmen aus NGOs weisen auf diesen Mangel zivilgesellschaftlicher Partizipation hin.

Die hinter der deutschen Energiewende stehende Idee, eine Umstellung der Stromproduktion eines Landes zu überwiegen Teilen aus erneuerbaren Energien anzustreben, ist in Serbien also durchaus präsent. Ohne finanzielle und professionelle Hilfe wird deren Umsetzung jedoch schwer durchsetzbar sein. Die Exportinitiative Erneuerbare Energien der Bundesregierung zur Unterstützung deutscher Unternehmen, die sich im Ausland auf dem Markt für erneuerbare Energien positionieren möchten, kommt daher, nebst weiteren EU-Initiativen, gelegen.

#### INTERNATIONALE KLIMAPOLITIK

Als Mitbegründer der Sava-Kommission und aktives Mitglied der Donaukommission und deren Ausarbeitung der international wirksamen Donau-Strategie der EU erkennt Serbien die Notwendigkeit internationaler Kooperation in Bezug auf die Klimapolitik auf regionaler sowie auf globaler Ebene an. Durch die Ratifizierung der UNFCCC 2001 und des Kyoto-Protokolls 2007 wirkt Serbien in der internationalen Bekämpfung des Klimawandels im Rahmen der Vereinten Nationen mit. Serbiens wirtschaftliche Situation der letzten zwanzig Jahre sowie das unzureichende öffentliche Bewusstsein verlangte jedoch technische Unterstützung und finanzielle Unterstützung der GEF, um den ersten nationalen Bericht zu realisieren, der 2010 veröffentlicht wurde. Arbeiten und Recherchen zum zweiten nationalen Bericht im Rahmen der UNFCCC sind zurzeit im Gange.

In diesem Sinne unterstützt Serbien deklaratorisch die VN-Ziele im Bereich des Klimawandels. Jedoch ist zu beachten, dass Serbiens aktueller Mitgliedstatus als Entwicklungsland zum Kyoto-Protokoll keinerlei verbindliche Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen fordert.

2 | Adriano Martins, 2010, <http://www.twinning-hw.rs/wp-content/uploads/2011/05/An-EU-perspective.pdf> [07.02.2012].